A1-Neu

Antrag

Initiator*innen: Luise Amtsberg (KV Kiel)

Titel: **Für Frieden, Freiheit und Resilienz — Sicherheit ganzheitlich denken**

Antragstext

Frieden, Freiheit und Stabilität sind auch in Deutschland und Europa keine Selbstverständlichkeit mehr. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine markiert eine Zäsur in der europäischen Friedensordnung. Mit Wladimir Putin steht uns ein aggressiver Autokrat gegenüber, der seine Interessen mit militärischer Gewalt und massiven Völkerrechtsbrüchen durchzusetzen versucht. Deutschland bleibt eines der Hauptangriffsziele. Wir sehen uns weiterhin massiver hybrider Angriffe ausgesetzt – etwa durch Desinformation, Cyberattacken, politische Einflussnahme, Sabotage und Spionage. Die Spitzen unserer Sicherheitsbehörden, der Bundeswehr und der Nachrichtendienste sprechen mit Blick auf ein zunehmend aggressives Agieren Russlands davon, dass wir uns längst in einem hybriden Krieg befinden. Diese Entwicklung macht uns große Sorge.

Ziel dieser hybriden Kriegsführung und gezielten Einflussnahmeoperationen ist es, uns die eigene Verwundbarkeit aufzuzeigen, Verunsicherung zu stiften, gesellschaftliche Konflikte zu vertiefen, zu spalten, zu entsolidarisieren und das Vertrauen in unsere demokratischen Strukturen zu zerstören.

Vor diesem Hintergrund hat der Ostseeraum in den vergangenen Jahren stark an geopolitischer Bedeutung gewonnen: Die in der Ostsee verlaufenden Pipelines, Strom- und Datenkabel verbinden Europas Energie- und Kommunikationsnetz. Die Schifffahrtswege, Handelsrouten und Häfen in und an der Ostsee sichern die Versorgung in Nord- und Osteuropa.

Die wiederholten Angriffe und Sabotageakte auf kritische Infrastrukturen in Nord- und Ostsee sowie das Agieren Russlands mit Hilfe der sogenannten

„Schattenflotte“ sind nicht nur eine ernste Gefahr für unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat, sie bergen auch enorme wirtschaftliche und sicherheitspolitische Risiken für ganz Europa und gefährden zusätzlich die äußerst sensiblen Meeresgebiete. Der Schutz maritimer Infrastruktur ist daher derzeit zu Recht ein Schwerpunkt europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Auch Schleswig-Holstein kommt angesichts unserer strategisch wichtigen Lage an Nord- und Ostsee eine besondere Verantwortung zu.

In dieser neuen Realität braucht es ein neues Verständnis von der Notwendigkeit einer verbesserten Wehrhaftigkeit und Verteidigungsfähigkeit. Die Verteidigung unserer Freiheit kann zweifellos nicht nur militärisch erreicht werden. Es braucht vielmehr einen ganzheitlichen Ansatz, der Innere und Äußere Sicherheit künftig sehr viel stärker zusammendenkt und alle Akteure, ob Polizei, Nachrichtendienste, Bundeswehr, aber auch und vor allem die für den Bevölkerungsschutz zuständigen Blaulichtorganisationen, von vornherein mitdenkt und sie verzahnt. Insgesamt braucht es ein gesamtgesellschaftliches Krisenmanagement, das zivil, politisch und militärisch wirkt und in Kooperation von Staat und Zivilgesellschaft auf stark gestiegene Bedrohungslagen reagiert.

Wir Grünen, auch und gerade in Schleswig-Holstein, haben uns wiederholt und intensiv mit diesen Herausforderungen auseinandergesetzt. Unsere Beschlusslagen fordern eine neue Sensibilität und ein gesamtgesellschaftliches Vorgehen zum Schutz unseres Staates und Europas. Hierbei muss das gesamte Spektrum an Herausforderungen in den Blick genommen werden – von Cyber- und Weltraumsicherheit über Energiesicherheit bis hin zu Katastrophen- und Bevölkerungsschutz.

Weil die Bundeswehr als zentraler Garant unserer Sicherheit und wichtiger Pfeiler europäischer und internationaler Friedenssicherung derzeit nicht ausreichend in der Lage ist, ihre wachsenden Verteidigungsaufgaben zu erfüllen, haben wir Grüne das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro, die Beschleunigung von Beschaffungsprozessen und strukturelle Reformen mit auf den Weg gebracht und durchgesetzt. Schon in den damaligen Verhandlungen wollten wir auch Polizei, Nachrichtendienste und Blaulichtorganisationen mit ins Boot holen, sind damit aber an der Ablehnung der Union gescheitert. Im Zuge der Verhandlungen um das neue, 500 Mrd. Euro Sondervermögen ist es uns – aus der Opposition heraus – gelungen, einen solchen, gesamtgesellschaftlichen Ansatz zu verankern.

Wir haben uns klar zu unseren Bündnisverpflichtungen in der NATO und zur Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb des Bündnisses bekannt und gleichzeitig immer wieder darauf gedrungen, dass Deutschland und die Europäische Union mehr Verantwortung für ihre eigene Sicherheit übernehmen – im Geist europäischer Solidarität und Unabhängigkeit.

Wir Grünen haben immer wieder klar gemacht, dass wir, so lang Russland weiter versucht, die Ukraine zu unterwerfen und Gebiete gewaltsam zu erobern, wir die Ukraine weiter umfassend unterstützen werden – militärisch, humanitär und politisch. Auch das Agieren anderer autoritäter Staaten wie China gilt es, rechtsstaatlich entschlossen im Blick zu behalten. Auf die von ihnen ausgehenden Gefahren machen uns die Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste regelmäßig aufmerksam.

Vor diesem Hintergrund bekräftigt Bündnis 90/ DIE GRÜNEN in Schleswig-Holstein erneut:

1. **Gesellschaftliche Resilienz stärken**
   Die Bedrohungslage ernst zu nehmen ohne in Panik zu verfallen, setzt eine gut informierte Öffentlichkeit voraus, die den Wert und die Verletzlichkeit von Demokratie und Frieden versteht und die bereit ist, unsere Freiheit, unser Recht und unsere Sicherheit zu verteidigen. Wir setzen uns daher für ein neues Verständnis von Wehrhaftigkeit ein, das auf gesellschaftlichem Verantwortungsbewusstsein gründet. Wir stärken daher auch die politische Bildung, Medienkompetenz und den gesellschaftlichen Zusammenhalt, um Desinformation, Spaltung und demokratiefeindlichen Tendenzen entgegenzuwirken.

2. **Integrierte Sicherheitsstrategie umsetzen**
   Wir bringen innere und äußere Sicherheit zusammen und stehen für einen erweiterten Sicherheitsbegriff, der Cyber- und Weltraumsicherheit, Energiesicherheit, Katastrophenschutz, Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen und einer engen Verzahnung von zivilen und militärischen Strukturen Rechnung trägt. Frühwarnsysteme, Sicherheitsstandards für kritische Infrastruktur, eine engere Verzahnung der nationalstaatlich zuständigen Stellen, sowie die Stärkung des Zivilschutzes und der Nachrichtendienste spielen hierbei eine zentrale Rolle.

3. **Gesamtgesellschaftliche Verteidigungsfähigkeit sicherstellen**
   Wir sind überzeugt, die Verteidigung unserer Freiheit und unseres Rechts sind alles andere als reine Militärprojekte. Sie sind die Aufgabe der ganzen Gesellschaft - für- und miteinander, zivil und militärisch. Dafür braucht es angemessene Mittel, die zielgerichtet eingesetzt werden, um die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr und die Fähigkeiten der Blaulichtorganisationen gleichermaßen zu stärken und den von uns politisch erkämpften erweiterten Sicherheitsbegriff umzusetzen.

4. **Diplomatie und europäische Zusammenarbeit stärken**
   Wir stehen weiter für eine Politik, die auf Diplomatie, zivile Konfliktbearbeitung und internationale Kooperation setzt. Unser Ziel

bleibt eine Friedensordnung, die auf Recht, Freiheit und Zusammenarbeit basiert. Eine enge Abstimmung unter den europäischen Partnern in multilateralen Foren ist für uns eine politische Selbstverständlichkeit.

5. **Europäisch entschlossen handeln**
   Wir stehen für ein selbstbestimmtes und europäisch abgestimmtes Vorgehen, das sich von der Abhängigkeit der eratischen Außenpolitik des amerikanischen Präsidenten löst. Wir werden weiter nach Wegen und rechtssicheren Lösungen suchen, die so genannten “frozen assets”, also das in der EU eingefrorene russische Staatsvermögen nutzbar zu machen. Darüber hinaus werben wir für eine konsequente Anwendung bestehender internationaler Gesetze, um die Schattenflotte in der Ostsee, die eine erhebliche ökologische und sicherheitspolitische Gefahr darstellt, stillzulegen.

6. **Solidarität mit der Ukraine fortsetzen**
   Wir stehen unverändert an der Seite der Ukraine. Wir unterstützen sie in ihrer Selbstverteidigung, die auch die Verteidigung unserer Sicherheit ist, beim Wiederaufbau und auf ihrem Weg in die Europäische Union. Unser Ziel bleibt, dass die Menschen in der Ukraine demokratisch selbstbestimmt und in Frieden leben können. Dem Versuch Russlands durch hybride Kriegsführung zu einer Spaltung der deutschen Gesellschaft und einer Entsolidarisierung mit den Menschen in der Ukraine beizutragen, stellen wir uns entschieden entgegen.

7. Sicherheit nachhaltig finanzieren
   Es ist richtig, zusätzliches Geld bereitzustellen, um die Erhöhung der Sicherheitsausgaben zur Verteidigung unserer und verbündeter Demokratien nicht zu Lasten anderer wichtiger Aufgaben in unserem Land zu gestalten. Aktuell wird dies ausschließlich durch Kredite erreicht. Um die steigenden Kosten finanziell nachhaltiger zu decken, sollten die Superreichen in unserer Gesellschaft zukünftig einen deutlich höheren finanziellen Beitrag leisten müssen.

Im Übrigen verweisen wir auf die bei den vergangenen Parteitagen zu der Thematik beschlossenen, umfassenden Initiativen unD ihre Maßnahmenkataloge.